

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorfstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: **WV** Bochum.

## Ueber eine Million Mark Strafgeelder im Ruhrbergbau.

Die Klagen der Ruhrbergarbeiter über ein willkürliches und maßloses Strafsystem werden immer lauter und dringender. Wir haben deshalb versucht, zur Beurteilung dieser Klagen konkrete Unterlagen zu bekommen. Leider war es nicht möglich, von allen Schachtanlagen Angaben zu erhalten. Neununddreißig nur haben ihre Strafgeelder gemeldet. Die eingegangenen Meldungen aber genügen, um einen Einblick in die wirklichen Verhältnisse zu ermöglichen. Nachstehend das Resultat unserer Erhebungen, wonach folgende Strafen verhängt wurden (in Mark):

Ort	Wegen vorläufiger oder ungenügender beladener Fördergefäße	Zonitige Strafen
1. Scharnhorst	6 800	2 450
2. Vereinigte Weltheim	9 550	7 500
3. Prosper 1	2 640	6 750
4. Prosper 2	7 020	5 050
5. Prosper 3	1 070	1 440
6. Zentrum 1-3	2 800	5 880
7. Zentrum 2	1 070	1 125
8. Engelsburg	6 250	3 030
9. Hanfa	3 450	4 880
10. Mont Genis 1-3	4 750	2 291
11. Mont Genis 2	1 050	230
12. Mathias Stinnes 3-4	3 670	6 530
13. Mathias Stinnes 1-2	10 770	19 170
14. Emscher Lippe	—	15 000
15. Friß (Köln-Neuesen)	3 120	700
16. Heinrich	2 900	1 120
17. Emscher	2 080	420
18. Carl	1 480	550
19. Anna Emil	770	610
20. Wilhelmine Viktoria	5 800	818
21. Lothringen 1-3	540	7 689
22. Lothringen 4	2 700	3 800
23. Fröhliche Morgensonne	2 820	3 220
24. Rhein-Elbe-Elma	9 330	1 574
25. Consolidation 3-4-9	16 570	1 270
26. Consolidation 2-7	4 250	470
27. Graf Schwerin	860	10 770
28. Neumühl	95	6 880
29. Erin	4 010	3 430
30. Gneisenau	1 880	3 600
31. König Ludwig 1-2	3 850	2 230
32. König Ludwig 4-5	1 380	2 180
33. Dorffeld 1-4	2 580	5 760
34. Dorffeld 2-3-5	1 060	6 200
35. Karolinen Glück	5 490	2 470
36. Adolf von Hanfemann	1 330	2 700
37. Ewald Fortsetzung	13 880	12 610
38. Arenberg Fortsetzung	3 820	7 950
39. General Blumenthal 1-2	1 780	1 415

Zusammen: 149 265 171 753  
Gesamtsumme: 321 018 M.

Da wir mit diesem Resultat nur etwa den fünften Teil der im Ruhrbergbau in Betrieb gehaltenen selbständigen Zechenbetriebe erfassen konnten, muß man die Gesamtsumme dieser Strafgeelder zumindest verdreifacht ansehen, um sämtliche verhängten Strafen zu erfassen. In diesem Verhältnis errechnet, sind also — die Erhebungen erstrecken sich auf den Zeitraum vom 1. Oktober 1928 bis 30. September 1929 — **rund 1 300 000 Mark Strafgeelder innerhalb Jahresfrist den Ruhrbergarbeitern auferlegt worden!** Hätte man es nicht schwarz auf weiß vor sich liegen, man würde es einfach nicht glauben. Die Zahlen müssen zumindest allen Betriebsräten zum Nachdenken Anlaß geben und zur Anregung, doppelte Wachsamkeit und Sorgfalt walten zu lassen bei ihrer Mitwirkung bei Straffestellungen.

Ist es schon an sich unerträglich in einem freien Volksstaate, zu dem wir die Republik ausbauen wollen, daß private Unternehmer Geldstrafen über ihre Arbeiter verhängen können, dann muß zumindest von unseren Leuten darüber gewacht werden, daß nur in äußersten Notfällen dieses unwürdige Recht zur Anwendung gelangen kann. In England zum Beispiel existiert ein solches Strafrecht nicht. Daß daran der englische Bergbau zugrunde geht, wird wohl niemand behaupten können. Daß bei uns noch so etwas möglich ist, beruht eben nur auf einem von der alten Monarchie den Unternehmern zugestandenem Polizeirecht über ihre Arbeiter. Die Demokratie sollte eigentlich mit diesem für die Arbeiter unwürdigen Zustande aufräumen.

Aber es ist nicht nur die Höhe der Strafgeelder, die durch unsere Erhebungen so deutlich und erschreckend bewußt wird, sondern auch die völlige Willkür, mit der diese Strafen oft verhängt werden müssen. Man greife nur einmal die beiden Zechen Wilhelmine Viktoria (Nr. 20) und Lothringen 1-3 (Nr. 21) heraus. Während bei der ersteren verhängt wurden: „für zu leicht beladene Wagen 5800 M.“ und „für sonstige Vergehen 818 M.“, ist es bei der letzteren gerade umgekehrt, nämlich „für zu leicht beladene Wagen 540 M.“ und „für sonstige Vergehen 7680 M.“. Glaubt jemand im Ernste, daß auf Wilhelmine Viktoria ausgeübte Böswilligkeit herrscht beim Beladen der Wagen, während die Belegschaft, gemessen an den Strafen „für sonstige Vergehen“, geradezu musterhafte Disziplin wahren muß, und daß auf Lothringen 1-3 das Verhältnis, wie ausgerechnet, umgekehrt sei? Wohl niemand.

Hier muß ganz große Willkür die Handlungen der Zechenverwaltungen bestimmen, was natürlich nicht nur für die genannten und willkürlich herausgegriffenen gilt, sondern allgemein. Die allermeisten „sonstigen Strafen“ dürften wohl auf einen übertriebenen Autoritätsdünkel der Zechenbeamten zurückzuführen sein, die sich selbst so leicht verletzt fühlen, wenn ein Bergmann ihnen gegenüber einmal selbständige Haltung offenbart. Gerade hier muß von den Betriebsräten das Recht der männlichen Verteidigung unserer Bergarbeiter zur Anerkennung gebracht werden. Ebenso ist es mit den Bestrafungen wegen Nichtbefolgung eines von den Aufsichtspersonen erteilten Auftrages. Sehr oft verlangt die Arbeitspraxis ein anderes, vom Arbeiter selbst zu bestimmendes Handeln. Hier darf nur dann eine unberechtigte handlungsweise anerkannt werden, wenn die Nichtbefolgung als nachweisbar böswillig und für den Betrieb als nachteilig nachgewiesen wird.

Völlig verwerflich und geradezu auf die Böswilligkeit der Unternehmer zurückzuführen sind die Strafen für ungenügend

beladene Wagen. Hier urteilt nur der Augenschein, da im Ruhrbergbau die Wagen nicht gewogen werden. Die Zechenbesitzer verschließen sich hartnäckig der Einführung von Wiegeeinrichtungen, da es technisch nicht durchführbar sei. Das ist glatter Schwindel. In England, ebenso auch im Saargebiet, kannte man nie eine andere Art der Feststellung des Gewichts, als das Wiegen der Wagen. Jeder einzelne Kohlenwagen, der den Schacht verläßt, wird im Saargebiet über eine Waage geleitet, wo wirklich vorhandenes Mindergewicht wahrheitsgemäß festgestellt wird, wo aber auch, da überall ein von der Belegschaft bestimmter Wagenkontrollleur gestellt wird, ungerechte Bestrafungen für ungenügend beladene Wagen so gut wie unmöglich sind. Auch hier müssen deshalb die Betriebsräte nur einwandfrei nachgewiesene Fälle als rechtswidrig anerkennen und auf Einführung von Wiegeeinrichtungen bestehen. Wir fordern unsere Betriebsräte auf, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um dieses wahnsinnige Strafsystem zu beseitigen. Überall dort, wo ihnen dabei Schwierigkeiten gemacht werden oder wo die Verwaltungen die Betriebsräte zu umgehen versuchen, muß Meldung an uns gelangen. Die Bergarbeiter selbst aber trifft hierbei zum großen Teile auch eine Mitschuld, weil besonders die Unorganisierten sich nicht darum kümmern, ob die Strafen ordnungsgemäß zustande kamen. Hier müssen die Indifferenten bekehrt werden, daß sie nur in der Organisation Schutz finden können und daß nur mit deren Hilfe eine Veränderung möglich ist.

## Gewerkschaftsdiktatur.

Tagtäglich schreibt die Unternehmerpresse von der Gefahr der Gewerkschaftsdiktatur in der Republik. Das ist um so auffälliger, als bekanntlich das Millionenheer der unorganisierten Arbeiter aus gegenteiliger Anschauung seine passive Haltung den Gewerkschaften gegenüber begründet. Doch ist bei letzteren eben der Mangel an Einsicht in die Wirklichkeit des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenwirkens im Staate schuld. Berechtigte Ursache besteht zu den vorgenannten sich widersprechenden Auffassungen nur bei den Unternehmern. Zwar nicht insoweit, als tatsächlich eine Diktatur der Gewerkschaften bestünde. Wohl aber insoweit, als es durch die Demokratie dem gewerkschaftlich organisierten Volksteil möglich ist, über die Gesetzgebung und das Parlament seine Sonderinteressen weitgehend wahren zu können. Und warum kann der gewerkschaftlich organisierte Volksteil das? Nun, die freien Gewerkschaften zählen heute schon allein rund 5 Millionen Mitglieder. Zählt man die freierorganisierten Angestellten und Beamten hinzu und ergänzt dieses Heer durch die Mitgliedschaft der christlichen und demokratischen Gewerkschaften, dann ergibt das — einschließlich der wahlberechtigten Angehörigen — ja fast die Hälfte der bei Parlamentswahlen abgegebenen Stimmen der vergangenen Jahre. Das bedeutet praktisch die Hälfte der Parlamentswähler, da ja die Wahlberechtigten innerhalb dieses gewerkschaftlich organisierten Volksteiles sicherlich restlos von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

Daß sich also der politische Wille gerade dieser gewerkschaftlich organisierten Massen bei der Gesetzgebung durchzusetzen weiß, ist natürlich und selbstverständlich. Das liegt eben in der Natur der Demokratie begründet. Demokratie ist eben Selbstbestimmungsrecht der „Masse Bürger“. Und wo — und weil eben diese „Masse Bürger“ in so verschiedene Interessengruppen geteilt ist durch die wirtschaftlichen Rang- und Klassenunterschiede, deshalb wird auch die Demokratie immer nur im Dienste der jeweils stärksten Interessengruppen regieren können. Das ist ebenfalls selbstverständlich. Es ist deshalb völlig sinnlos, wie das die Unternehmerpresse immer tut — und auch A. R o s e r g (Kassel) in Nr. 72 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ wieder versucht —, die Regierung anzuklagen wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den Gewerkschaften. Wir erwähnen das nur und wollen natürlich die Regierung nicht verteidigen, mit der wir als Gewerkschaften ja oft viel unzufriedener sind als die Unternehmer.

Aber die Unternehmer sollten allmählich lernen und erkennen, worauf es eigentlich im neuen Staate ankommt. Es handelt sich hier gar nicht um die Schlappheit einer Regierung den Gewerkschaften gegenüber, oder um die Herrschaftsgelüste und Diktaturpolitik von Gewerkschaftssekretären, sondern um den besten Interessenausgleich innerhalb des sich in seinen Einzelgliedern politisch frei gegenüberstehenden Volkes. Gegenstände erheben nicht in der Politik, sondern draußen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenwirken. Solche Gegenstände werden nur über die Politik ausgetragen. Die Politik bei uns beruht aber auf dem System der Demokratie, das heißt auf der Regierung der politischen und parlamentarischen Mehrheit. Hier gibt es kein Kompromiß. Man muß die Regierung der Mehrheit anerkennen oder aber die Demokratie ablehnen. Es gibt in der Demokratie nur die eine Möglichkeit: sich die Mehrheit zu sichern bzw. sich ihr anzuschließen, um überhaupt das politische Leben positiv beeinflussen zu können. Gewiß, eine bestehende Mehrheit muß auch mit einer starken Opposition rechnen, besonders dann, wenn diese Opposition die Interessen der breiten Volksmasse vertritt. Und deshalb gerade ist ja auch in der Demokratie keine Diktatur im eigentlichen Sinne möglich, auch keine Gewerkschaftsdiktatur. Hier kann es sich höchstens um einen Zustand handeln, in dem die Gewerkschaftsanhänger und

Freunde bei politischen Entscheidungen in der Mehrheit sind. Und da kann die Minderheit nur das eine machen — wenn sie nicht gleichzeitig als Vertreter der breiten Volksmassen gilt, mit deren Hilfe sie eventuell die Mehrheit erringen könnte —, nämlich: sich klug und freiwillig der Politik eben dieser Mehrheit anpassen, wobei wir parteipolitische Einstellung und Agitationsmöglichkeit außer acht lassen.

Das Entscheidende hierbei ist aber unter Verhältnissen, die durch den scharfen Gegensatz zwischen den Interessen der Gewerkschafter einerseits und den Interessen der Privatkapitalisten andererseits charakterisiert sind: das „Wie“ dieser Anpassung. Es soll nicht geleugnet werden, daß sowohl von Unternehmer- als auch Gewerkschaftsseite eifrig versucht wurde, die beste und befriedigendste Lösung zu finden, bisher zwar immer vergebens. Das lag und liegt aber nicht an der Böswilligkeit oder Untoleranz der handelnden Personen. Das Problem liegt tiefer. Es ist eben die Unverträglichkeit des privatkapitalistischen Profitstrebens mit dem auf reichste gemeinwirtschaftliche Warenverfertigung gerichteten Willen der Gewerkschaften. Der Privatkapitalismus regelt sich eben nach dem Prinzip der vorteilhaftesten Kapitalverwertung, während wir eine Wirtschaftsordnung erstreben, die bestimmt ist von dem Prinzip der besten Warenverfertigung. Wir drücken das früher an dieser Stelle schon einmal so aus: Das eigentliche, ja das einzigste Merkmal einer Wirtschaftsordnung als privatkapitalistische ist eben: wirtschaften nach dem Prinzip der vorteilhaftesten Kapitalverwertung (= Verwertung) über den Weg der Warenproduktion mit (gekaufter) Lohnarbeit. Sozialismus ist aber nichts anderes als: wirtschaften nach dem Prinzip der größtmöglichen Warenschöpfung im Rahmen des Bedarfs der Wirtschaftsgesellschaft allgemein. Dort: Produktion als Mittel zur Kapitalverwertung; hier: Produktion zur Befriedigung des Güterbedarfs. Dort: Produktion zur Akkumulation (als Prinzip); hier: Produktion zur Konsumtion. Beides läßt sich im Rahmen des bestehenden technischen Wirtschaftsapparats verwirklichen, an dem auch der Sozialismus nichts ändern wird. Andern kann und muß sich nur der Zweck des zeitlichen Wirtschaftens.

Hier liegt das ganze Kriterium. Aus dieser unterschiedlichen Zielrichtung erwächst natürlich auch das unterschiedliche Zielstreben. Der Sieg und die nominelle Uebermacht der einen (Gewerkschafts-)Gruppe kann natürlich in der Demokratie zu einer Diktatur über die (nominell) schwächere (Unternehmer-) Gruppe werden, weil es sich bei diesen Fragen nicht nur um politische Entscheidung schlechthin handelt, sondern um die Beeinflussung der Wirtschaftsentwicklung in dieser oder jener Zielrichtung. Und hier gibt es wohl kaum eine Versöhnung, es sei denn, das das Unternehmertum jowiel moralische Kraft aufzubringen vermöchte, freiwillig auf höchste Gewinnmöglichkeiten und beste Kapitalverwertung aus Prinzip zu verzichten und sich ganz in den Dienst der besten Allgemeinverfertigung zu stellen. Es handelt sich hier um das gleiche Problem, das wir in der letzten Nummer der „Bergbau-Industrie“ in dem Artikel: „Lohnpolitik oder Steuerpolitik?“ behandelten.

Dem deutschen Unternehmertum fehlt hier schon die erste Voraussetzung: der Mut zur Umkehr! Zu jener Umkehr, die bei den amerikanischen Industriellen schon zu einem guten Teil vollzogen ist. Wir meinen die Umkehr zu jener Auffassung, daß die Arbeiterschaft ein immanenter Bestandteil des Unternehmens ist und die beste Kapitalakkumulation — soweit sie heute noch aus Prinzip erfolgt, ohne betriebspolitisch unbedingt erforderlich zu sein — in der Steigerung der Löhne besteht. Wie gesagt, der Mut hierzu fehlt bei uns. Sicherlich sind es nicht alle Betriebe, die heute schon zu einer derartigen Lohnpolitik Kapital erwirtschaften können. Aber daß es eine ganze Reihe solcher Unternehmen gibt, ist jedem klar. Man überlege nur, daß selbst











Anerkennung aus. Desgleichen sind die Bildungsturse, die eine Dauer von drei bis fünf Tagen hatten, sehr gut besucht und besonders anerkennenswert beurteilt worden.

Das Organisationsleben war sehr reger. Die Mitgliederzahl erhielt im Jahresdurchschnitt eine Steigerung um 12 Prozent. Der Martenumfug steigerte sich um 18 Prozent.

Der Kassenbericht, den Kamerad Brödel erstattete, war gegen das Vorjahr wesentlich günstiger. Es konnte festgestellt werden, daß sowohl die Höhe als auch die Zahl der Beiträge im allgemeinen zufriedenstellend sind.

Kamerad Kolze gab den Revisionsbericht und beantragte Entlastung des Kassierers. Diefem Antrage wurde einstimmig entsprochen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die geleistete Arbeit Vertrauen und Zufriedenheit ausgelöst hat.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung referierte Kamerad Bledmann (Bochum) über die Wirtschaftsdemokratie. Der Redner verbreitete sich ausführlich und klar über die Begriffe „Wirtschaftsdemokratie“ und „Mitbestimmungsrecht“.

Ueber die Frage des Bezirksbeitrages referierte Kamerad Schröder. Gleichzeitig behandelte er die Bildungsbestrebungen und den Anschluß an die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In die Bezirkskommission wurden neugewählt die Kameraden Justus Sinnung und Georg Bachmann, während Kamerad Arthur Weimar wiedergewählt wurde.

Bezirk Süddeutschland.

Am 23. März tagte in München im Gewerkschaftshaus die Jahreskonferenz unseres Verbandes. Zur Wirtschaftslage im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde von der Bezirksleitung mitgeteilt, daß besonders im Beckkohlenbergbau eine weitere Steigerung der Produktion eingetreten sei.

Die Gesamteinnahmen des Bezirks stiegen von 145 000 M. in 1928 auf rund 159 000 in 1929. In der Mitgliederbewegung herrscht eine außerordentliche Fluktuation.

In der reichhaltigen, aber sachlichen Aussprache wurde die Tätigkeit der Angestellten im Bezirk sowie die des Gesamtverbandes gutgeheißen. Besonders wurde von den Konferenzteilnehmern die Einführung der Funktionärsturse begrüßt.

Ein erheblicher Teil der Aussprache wurde der Fluktuation in der Mitgliederbewegung gewidmet. Die Konferenz war der Auffassung, daß alles getan werden muß, um die einmal gewonnenen Mitglieder zu halten.

Bezirk Saarbrüden.

Der Bezirksleiter, Kamerad Schwarz, referierte über die Arbeit des Verbandes im zurückliegenden Jahr, über die bevorstehende Saar-Rückgliederung und die jetzige Krise im Saarbergbau. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliedsziffer im Verhältnis des Belegschaftsabbaues des Vorjahres einigermaßen gehalten hat.

Der Verband hat auch im Jahre 1929 größere Mittel zur Bildung der Funktionäre ausgeworfen. 216 Teilnehmer konnten in achttägigen Unterrichtskursen ihr Wissen bezüglich der Gewerkschaftsaufgaben in Staat und Wirtschaft bereichern.

Das Kapital veruchte bereits durch den Saarbund die Macht der Organisation zu schwächen. Nach Scheitern dieser gelben Bestrebung soll nun der geistlose Radikalismus die Macht der Organisation brechen. Was jedoch dem Saarbund nicht gelungen, wird auch dem kommunistischen Radikalismus nicht gelingen.

Uebergehend zur Wirtschaftskrise, die sich auf dem internationalen Kohlenmarkt allgemein bemerkbar macht, bemerkte der Redner, daß der Verband die Aufgabe hat, die Mitglieder während einer Krise auch vor deren Auswirkung zu schützen.

Frankreich, das monatlich 2 Mill. T. Kohlen einführt, muß auch in der Lage sein, die Förderung einer Schicht von 50 000 T. auf dem Abzugmarkt unterzubringen. Der Verband hat einer Verlegung der 700 in Lothringen beschäftigten Arbeiter nicht zugestimmt, sich jedoch dafür eingesetzt, daß die betreffenden Arbeiter nicht arbeitslos werden.

Auf die Saar-Rückgliederung übergehend, erläuterte Kamerad Schwarz die damit verbundenen Lebensinteressen der Bergarbeiter. An dem Staatsbesitz der Gruben darf nicht gerüttelt werden. Der Grubenpreis muß sich im Rahmen des Wirtschaftsmöglichen halten.

Den Kassenbericht erstattete der Bezirkskassierer, Kamerad Deller. Er erläuterte die einzelnen Positionen und beschäftigte sich in längeren Ausführungen mit der Beitragsfrage sowie dem statistischen Material, welches die Organisation unbedingt zur Erledigung ihrer Arbeit benötigt.

Für die Revisionskommission beantragte Kamerad Ludwig Reichert die Entlastung der Bezirksleitung, da bei den monatlichen Prüfungen Kasse und Belege übereinstimmend befunden wurden.

In der Diskussion sprach der Verbandsvorsitzende, Kamerad Hujemann, indem er die Grüße des Gesamtvorstandes der Konferenz als zweitstärksten Verbandsbezirk überbrachte. Er wies besonders auf die Bildungsarbeit des Verbandes hin.

Nachstehende Entschliessungen wurden von der Konferenz einstimmig angenommen — ein Beweis, daß die Zerplitterungsabsicht der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ im Verband der Bergbauindustriearbeiter keinen Widerhall findet.

Die am 23. März 1930 im Ludwigspark in Saarbrüden tagende Reviertkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter verlangt von der Bergwerksdirektion, daß bei der herrschenden Absatzkrise alles unterbunden werden muß, was die Kohlenproduktion künstlich steigert.

Sozialpolitisch verlangt die Konferenz von der Regierungskommission die schnelle Inkraftsetzung der Verordnungen der Knappschäfts-, Invaliden- und Krankenversicherungsnovelle.

Die Regierungskommission wird ersucht, zur Behebung der Arbeitslosigkeit Mittel zur produktiven Erwerbslosenunterstützung bereitzustellen und das Erwerbslosenversicherungsgesetz, das alle Arbeitslose erfaßt, einzuführen.

Die am 23. März 1930 im Ludwigspark in Saarbrüden tagende Jahres-Reviertkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Saarbrüden, erneuert den bei jeder Tagung geäußerten Wunsch, möglichst bald im deutschen Staats- und Wirtschaftsverband aufzugehen.

Die Konferenz lehnt alle Bestrebungen, welche die Privatisierung der Saargruben zum Ziele haben, ab. Der Saargrubenbesitz, Kohlenvorkommen und Kohlenausbeutung müssen in die Hände des Staates zurückgeführt werden.

Die Kohlenlieferungsverträge sowie die Zoll- und Handelspolitik ist im Interesse der Verständigung der beiden Grenzländer und deren Bevölkerung zu regeln. Die Konferenz gelobt,

Das Reichsnappschäftsgezet in der Praxis

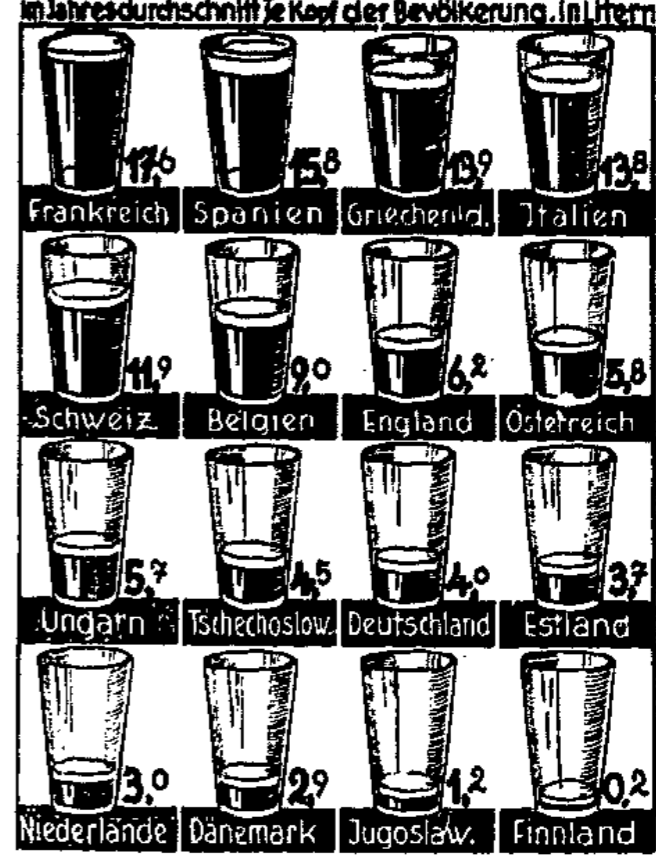
Wichtige Entscheidungen des Nappschäftsienats, Beschlüsse des Vorstandes der Reichsnappschäfts, Geetze und Verordnungen sowie Erlasse des Reichsarbeitsministeriums

Herausgegeben von Georg Wilmann

3. Ausgabe ♦ März 1930 ♦ 400 Seiten Preis für Verbandsmitglieder 2 M.

H. Hansmann & Co., Bochum Wiemelhauser Straße 38-42

Der Alkoholverbrauch Europäischer Völker



In Deutschland wird nur noch etwa die Hälfte des Alkoholverbrauchs der Vorkriegszeit konsumiert (1,03 gegenüber 2,52 Liter je Kopf der Bevölkerung). Von den 1,03 Liter werden 2,63 Liter in Form von Bier getrunken, 0,30 als Wein und 1,10 Liter als Brautwein verbraucht.

alles daranzusetzen, die Lebensinteressen der Saarbergarbeiter zu verteidigen.

Die am 23. März 1930 im Ludwigspark in Saarbrüden tagende Reviertkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes fordert von der Bergverwaltung und Regierungskommission schnelle Einführung ausreichend bezahlten Erholungsurlaubs für jugendliche Bergarbeiter im Alter von 14 Jahren.

Ferner fordert sie eine Herabsetzung der bergmännischen Bezeit von 6 auf 4 Jahre, so daß normalerweise mit dem 20. Lebensjahr die Aufrückung zum Vollaueer möglich ist.

Die Jugendlöhne müssen unbedingt eine den heutigen Verhältnissen angepasste Erhöhung erfahren als gerechtes Entgelt an die Bergbaujugend für ihren Anteil an der gestiegenen Förderleistung sowie als notwendigen Anreiz zur Ergreifung des Bergmannsberufes.

Die Behandlung der jungen Bergleute im Betriebe durch die Vorgesetzten läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Konferenzteilnehmer fordern daher von der Bergwerksdirektion durchgreifende Maßnahmen gegen unverantwortliche und unfosiale Haltung mancher Beamten.

Die Konferenzteilnehmer erwarten von der Bergverwaltung, daß sie baldmöglichst zur Durchführung bringt.

Mit großem Bedauern stellen die Versammelten fest, daß die Bergverwaltung bis heute die wiederholten Forderungen betreffs Einführung eines obligatorischen Berufsschulunterrichts noch nicht verwirklicht hat.

Die Verbandsleitung, der wir volles Vertrauen schenken, beauftragen wir, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Forderungen der Bergarbeiterjugend durchzusetzen.

Die am 23. März 1930 im Ludwigspark in Saarbrüden tagende Reviertkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes nimmt Stellung zu dem Verbot der Schulbehörde des Saargebietes, welche den Urlaub der Schulkinder am 1. Mai unterjagt. Die Konferenz beauftragt die Bezirksleitung, bei der Regierungskommission gegen diesen freigezwungene feindseligen Akt Einspruch zu erheben.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Bottrop III. Nach langer schwerer Krankheit starb unser alter Kamerad Wilhelm. 33 Jahre gehörte er dem Verbandsrat an und war lange Jahre Mitglied der Ortsverwaltung und des Betriebsrats.

Zahlstelle Dreßkau. Am 19. März starb unser Kamerad Karl Spemann. Er war seit zwölf Jahren Mitglied unseres Verbandes und stand immer in vorderer Reihe im Kampf um unsere Arbeiterrechte.

Zahlstelle Fulda. Am 20. März starb nach kurzem schweren Leiden unser Kamerad Wilhelm Gelling jun. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Verbandsnachrichten

Wiederaufnahmen. Nachdem folgende Kameraden eine entsprechende Erklärung abgegeben haben, wurden sie wieder in den Verband aufgenommen: Fritz Sentke, Zahlstelle Dortmund I, Johann Marsch, Zahlstelle Hindenburg III, Karl Nowak, Zahlstelle Becheln.

Bücherrevision. Bergeborbeck. Im April. Bücher bereithalten!

Knappschäftsältestenkommission Dortmund-Hamm. Sonntag, 6. April, im Lokal Schmitz in Dortmund, Ecke Nord- und Heroldstraße: Sitzung. Es wird darauf hingewiesen, daß Bücherkontrolle durchgeführt wird. Anfang 9 1/2 Uhr.

Advertisement for watches and books. 'Gute Taschenuhr nur M. 2,90' and 'BÜCHER'.

Advertisement for EISU-Betten (iron beds) and Handwagen (handcarts).

Advertisement for Fettkäse (cheese) by G. B. Jenßen.

Advertisement for 10 Rosen (roses) for 3.25 M.

Advertisement for Roodde Star (potatoes) with an image of potatoes.

